

Zeitschriften

Theologie und Religion

DUQUOC, CHRISTIAN. *Le salut des corps: de l'immortalité à la résurrection*. In: *Lumière et Vie* Jhg. 33 Heft 166 (Januar/März 1984) S. 85–94.

Der französische Dogmatiker geht die in der neueren Eschatologie viel behandelte Frage nach dem Verhältnis von platonisch-griechischer Seelenunsterblichkeit und jüdischer Hoffnung auf eine Auferstehung des Fleisches unter einem interessanten neuen Gesichtspunkt an. Seine Hauptthese: Der Gegensatz zwischen den beiden Hoffnungsbildern hat nicht primär mit der unterschiedlichen Anthropologie zu tun, sondern mit einem unterschiedlichen religiösen Hintergrund. Während im Alten Testament der einzelne ganz von der kollektiven Hoffnung auf die Verheißung Gottes her gesehen wird und sich deshalb endgültiges Heil nicht an der Leiblichkeit vorbei ereignen kann, bleibt für den Griechen angesichts des Todes nur der Ausblick auf die Unsterblichkeit des vom irdischen Verfall nicht berührten Geistes. Im Christentum als Erben beider Traditionen sei aus dem Platonismus ein bloßer Dualismus geworden und sei gleichzeitig die messianische Hoffnung verlorengegangen. Duquoc sucht einen Neuanfang jenseits des Streits um griechische oder biblische Anthropologie: Es gelte, die kollektive Hoffnung wiederzuentdecken, aber in ihrer christlichen Verwandlung: Schon jetzt ereignet sich wie in der Praxis Jesu die Antizipation des eschatologischen Heils; in den immer durch die Leiblichkeit vermittelten Beziehungen der Menschen untereinander wird das Reich Gottes konkret.

OEING-HANHOFF, LUDGER. *Das Christentum als „Religion der Freiheit“*. In: *Theologische Quartalschrift* Jhg. 164 Heft 1 (1984) S. 16–34.

Oeing-Hanhoff geht davon aus, daß Hegels Verständnis des Christentums als Religion der Freiheit auch für die Theologie der Gegenwart von Bedeutung ist. In drei Schritten deutet er den Befund in Hegels Rechtsphilosophie: Zum einen hat das Christentum die Idee der Freiheit aller Menschen in die Geschichte eingeführt und damit den Weg zum modernen freiheitlichen Rechtsstaat eröffnet. Zum zweiten würdigt Hegel die Reformation als Durchsetzung der christlichen Freiheit in der Geschichte der Kirche. Die Anstöße, die Hegel dabei mit Recht an der katholischen Kirche und Theologie seiner Zeit genommen habe, könnten inzwischen als prinzipiell beseitigt gelten. Schließlich verstehe das Christentum nach Hegel die Bindung an Wahrheit und Freiheit als die Bindung an den Gott, „der, statt Herr über Sklaven oder über Tongeschirr zu sein, selbst als

die Wahrheit und die Freiheit verstanden werden muß“. Oeing-Hanhoff nimmt zwar die theologische Kritik am Ausfall der Eschatologie bei Hegel auf (das Reich Gottes ist mehr als der freiheitliche Staat), plädiert aber gleichzeitig dafür, Hegels Verständnis der Selbstentäußerung Gottes zur Auflösung der Antinomie zwischen göttlicher Allmacht und freier geschöpflicher Eigenmacht ins gegenwärtige Gespräch einzubringen. Diese Einsicht sei sowohl für Philosophen wie für Theologen eine Herausforderung.

Kultur und Gesellschaft

RÉMOND, RENÉ. *La laïcité n'est plus ce qu'elle était*. In: *Etudes* (April 1984) S. 439–448.

Der Streit um die in der Mehrzahl katholischen Privatschulen in Frankreich hat zu einem Nachdenken über die Grundlagen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft in diesem Land geführt. Die traditionelle laizistische Grundoption des Staates ist in Bedrängnis geraten. Der Autor erläutert, wie der Laizismus einerseits eine Konstante französischer Politik darstelle, andererseits aber auch einem erheblichen Bedeutungswandel unterliege. In einer Reihe von politischen Fragen müsse die Vorstellung von der Einheit der Nation, vom Verhältnis von öffentlichem und privatem Sektor der Gesellschaft neu überdacht werden. Der Ersatz der Einheitsphilosophie durch eine Konzeption, die die Vielfalt und den Pluralismus anerkenne, die Herabsetzung der Schwelle zwischen dem Privaten und Öffentlichen, die Entstehung eines breiten Zwischenbereichs, in dem öffentliche Stellen und Initiativen der Bürger zusammenarbeiten, die Dezentralisierung der Verwaltung, die wachsende Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen, all das habe nach und nach die intellektuelle und institutionelle Umgebung des Laizismus-Gedankens erheblich verändert. Der laikale Charakter des Staates und seine Neutralität würden nicht mehr als unvereinbar angesehen mit der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln von Initiativen, die Ausdruck engagierter Grundüberzeugungen sind. Der Staat brauche den Meinungsstreit und die Vielfalt an Überzeugungen nicht länger negieren.

WEINACHT, PAUL-LUDWIG. *Bürgerliche Moral im Wohlfahrtsstaat*. In: *Stimmen der Zeit* 109. Jhg. Heft 4 (April 1984) S. 227–238.

Der Stellenwert bürgerlicher Tugenden ist im modernen Wohlstandsstaat weithin umstritten. Ist ihre Zeit abgelaufen? Der Autor fragt, ob wir wirklich keine mehr bräuchten und ob verbrauchte, auch mißbrauchte Tugenden nicht wiederhergestellt werden

könnten. Grundlage der modernen Gesellschaft sei ein gewandelter Bürgerbegriff. Der in seiner Funktion herausgehobene Bürger sei zur Jedermannsrolle herabgesunken. Mit dem klassischen Bürger habe der Jedermannbürger nur mehr den Namen gemein. Als Sozialbürger sei er „Klient organisierter Interessen“ und politischer Parteien. Bei kleinstmöglichem Einsatz versuche er, den größtmöglichen Gewinn zu machen. „Der Trittbrettfahrer als Ideal! Anschluß an das gesellschaftliche Leistungssystem möglichst zum Nulltarif!“ Wirtschaftliche Mechanismen wie Markt, Wettbewerb sowie Angebot und Nachfrage setzten ein Sittenfundament ebenso voraus wie die Sicherheitspolitik und die Zukunftsbewältigung der Industriegesellschaft. Aufgaben wie diese seien auf die Dauer unlösbar, solange nur die Erwartung des Sozialbürgers gelte: „Was tut der Staat für mich, daß er auf meinen Gehorsam Anspruch erhebt?“

Kirche und Ökumene

LIENEMANN, WOLFGANG. *Neue ökumenische Friedensethik*. In: *Ökumenische Rundschau* Jhg. 33 Heft 2 (April 1984) S. 240–256.

In die vergleichende Standortbestimmung, um die es Lienemann geht, werden die Äußerungen der Hervormde Kerk in den Niederlanden und die Friedensdenkschrift der EKD ebenso einbezogen wie die Friedensworte der deutschen und amerikanischen Bischöfe. Als Ergebnisse der Friedensdiskussion der letzten Jahre hält der Autor eine „Demokratisierung der Verteidigungspolitik“ und das Aufbrechen nationalstaatlich verengter Horizonte in der Friedensethik fest. Die wichtigsten Kontroversen lägen heute quer zu den konfessionellen Grenzen. Das qualitativ Neue der ökumenischen Friedensethik, das sich gegenwärtig in deutlichen Umrissen, aber noch unklaren Zukunftsperspektiven abzeichne, weise zumindest zwei charakteristische Merkmale auf: Zum einen das Ende der Illusion, „auf der Basis der atomaren Abschreckung sei eine dauerhafte politische Friedenssicherung möglich“; zum zweiten die stärkere Intensität ökumenischer Kontakte, nicht zuletzt in Süd-Nord-Richtung. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben würden, sei durchaus offen. Man könne nicht ausschließen, daß die gegenwärtige Rüstungsrunde in Ost und West sowie das Ansteigen der Rüstungsexporte bei vielen Fatalismus und Resignation bewirkten; ebenso sei ungewiß, „ob das Potential moralischer Kritik übersetzt werden kann in die Sprache konstruktiver Politik“. Eine Ethik jenseits der Abschreckung fordere von den Kirchen in erster Linie, das Band ihrer ökumenischen Einheit zu bedenken.